

Rede zum Haushalt 2010 des Landkreises 2010

Aschaffenburg, den 11.02.10

Nach Durchsicht alter Haushaltsreden, könnte ich fast die gleiche Rede wie zum Haushalt 2001 halten. Damals hatte ich mit einem Satz des Marschalls im 2. Teil des Fausts begonnen : „wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr und täglich wächst mir neue Pein“ und dabei den parteiübergreifenden Willen gemeint, eine höhere Verschuldung vermeiden zu wollen, aber dann zur Erfüllung von Pflichtaufgaben doch dazu verpflichtet zu sein.

Damals hatten wir einen 12%igen Anstieg der Einnahmen aus der unveränderten Kreisumlage und mussten dennoch eine Neuverschuldung von 11 Mio (allerdings DM) einplanen, weil der Bezirksumlagesatz gestiegen war und gleichzeitig die Schlüsselzuweisungen des Freistaats an den Landkreis vermindert wurden. Allerdings waren damals die Einnahmen aus der Kreisumlage immerhin noch um 3Mio (DM) höher als die Summe der Landesminderzuschüsse und der erhöhten Bezirksumlagenzuführung – das ist diese Mal anders.

Auch damals machte der Bezirksumlagenabfluss etwa ¼ unseres Ergebnishaushalts aus.

Die Personalkosten lagen damals wie heute bei etwa 16% der Ausgaben, dies ist als moderat anzuerkennen. Die Transferleistungen für Soziales und Jugendhilfe sind von damals 12% auf fast 23% angestiegen (aber wg. gesetzl. Änderungen und Vorgaben wohl unvermeidlich).

Positiv ist beim Vergleich von damals zu heute zu vermerken, dass sich von 1990 bis 2001 der Schuldenstand des Kreises in diesen 11 Jahren verdreifacht hatte (von 32,5 Mio DM auf ca 102 Mio DM), wir von 2002 bis 2009 von 55,34Mio € aber eine Absenkung um etwa 10% verzeichnen können auf 49,2 Mio € .

Hier hat sich ein aus FDP- Sicht erfreulicher Wandel der Landkreishaushaltspolitik vollzogen.

Galt früher die Kreisumlage mit 40%-Punkten als sacrosanct, so hat die in den Jahren 2005-07 auf 41.8%-Punkte angehobene und vor den Kommunalwahlen 2008 wieder leicht auf 41.0 %-Punkte abgesenkte Kreisumlage eine allmähliche Verringerung der Kreisschulden erbracht.

(Der niedrigste Schuldenstand seit 10J-das entspricht unserer Wahlprogrammforderung aus 2008:Abbau der Verschuldung mit dem Ziel: Generationengerechtigkeit.)

Vielleicht sind die Haushaltszahlen, die bis 2008 nach kameralistischem Verfahren und seit dem letzten Jahr als „Doppik“-Haushalt abgerechnet werden, nicht in allen Bereichen als identisch anzusehen, aber der Schuldenstand ist sicher vergleichbar.

Nach der großen „Finanzkrise“ des Jahres 2008 ist das „Haushalten“ in allen Bereichen: Bund- Länder und Kommunal noch wesentlich schwieriger geworden. Sparen wäre eigentlich angesagt, aber ein Aufrechterhalten insbesondere öffentlicher Aufträge ist für viele Wirtschaftsbereiche unumgänglich, um in großen Bereichen Arbeitslosigkeit und damit noch höhere ineffektive Sozialleistungen zu vermeiden. Dabei kann man durchaus unterschiedlicher Meinung darüber sein, ob auch ein Landkreis konjunkturpolitische Aufgaben zu erfüllen hat, oder ob das nicht im Sinne der Subsidiarität besser die einzelnen Gemeinden umsetzen sollten.

Der Haushalt 2010 ist entsprechend auch weiterhin investiv aufgestellt- und seitens der FDP tragen wir das mit- auch wenn – nachdem etwas Luft aus den ersten Vorschlägen heraus-gelassen wurde- das eine Netto-Neuverschuldung von 1,5Mio € bedeutet.

Aber vielleicht muss auch in 2010 nicht der gesamte ev. Kreditbedarf aufgenommen werden. Vom Vorjahr ist noch die Kreditermächtigung von 5,3 Mio € offen. Eine solche Neuverschuldung würde allerdings das oben gemachte Lob zur Schuldenrückführung zunichte machen.

Ohnehin sind die Neben (Sonder-)haushalte zur Realschule Bessenbach und künftig für die Realschule Großostheim gewisse Mogelpackungen für den eigentlichen Haushalt - und werden in den kommenden Jahren wohl darin übernommen.

Unsere politischen Forderungen im letzten Kreiswahlprogramm:

Familienpolitisches Netzwerk; ambulante Seniorenbetreuung – Seniorenwegweiser; sind z T erfüllt. Die zusätzlichen Stellen im Jugend-Familienbereich: Frau Valentin und Frau Dölzer/Tikart kümmern sich um Präventivmassnahmen zur Familienberatung und um Wohn- und Wohnraumanpassung für Senioren und Behinderte, um damit Erleichterungen zu bringen, die in vielen Fällen kostspielige ev. Heim- und Pflegekosten ersparen.

Kinderkrippenhortplätze im Landkreis sind z.T. in die Wege geleitet, bzw. nur selten Landkreisaufgabe. Auf der Internetseite des Kreises sind die entsprechenden Kinderbetreuungsangebote der Kommunen aufgelistet und durchzuklicken (allerdings Stand 2008).

Konkretes Eltern-Training bleibt eine Forderung, dazu werden wir Vorschläge unterbreiten.

Die Halbtagsstelle von Herrn Naumann mit seiner Betreuung und Ausbau von Ehrenamts-übernahmen muss auch unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden: Prävention hilft Folgekosten sparen.

Auch seitens des Landkreises (und nicht nur von den einzelnen Kommunen) sollen u müssen Anstrengungen unternommen werden, ein leistungsfähiges, schnelles DSL-Kommunikations-netz in das gesamte Kreisgebiet zu bringen.

Die detaillierte Kostenrechnung in den Ämtern für alle Aufgaben der öffentlichen Verwaltung ist durch den „doppischen Haushalt“ erreichbar und wird vermutlich umgesetzt.

Wirtschaftsförderungen für die Unternehmen am bayerischen Untermain werden seit Jahren von der Zentec gestaltet, bzw. angeboten. Sie hilft im Verbund Rhein-Main-Region agieren zu können und Interessen zu vertreten- allerdings sollten hier in verstärktem Maße auch Förderprogramme, die als Wirtschaftsförderung von Brüssel, bzw. der EU angeboten werden, bei Unternehmen in unserem Kreisgebiet bekannt gemacht werden, damit sie prüfen können, ob eine Teilnahme sich lohnen könnte- hier habe ich Kritik gehört, dass eine entsprechende Auflistung von wirtschaftsförderlichen Programmen wohl nicht genügend durchgeführt oder bekannt gemacht wird.

Zentraler Punkt der FDP-Politik in allen Bereichen ist die Bildungspolitik. Nach unserer Auffassung ist es Aufgabe des Staates und der öffentlichen Hand, die Chancengerechtigkeit für unsere jüngsten Bürger unabhängig von Herkunft und materieller Vermögenslage zu schaffen. Leider hat sich in den letzten Jahren durch Hartz IV und Anderes eher eine weitere Schieflage entwickelt. Die Armut in vielen Familien benachteiligt leider auch deren Kinder und Jugendliche. Das darf nicht sein. Es müssen weitere Anstrengungen gemacht werden, ihnen Chancen durch frühen Besuch von bildungsfördernden Kindergärten mit Verpflegung zu ermöglichen. Hier sind Bundes- und Landespolitik, aber z.T. auch wir in der Kommune in der Pflicht. Nachzudenken ist auch über kostenfreien Besuch der Grund- und Hauptschule für entsprechend bedürftige Kinder/Jugendliche. (In Finnland werden alle Schulmaterialien: Hefte, Schreibutensilien, Büchern und Sonstiges von der öffentlichen Hand übernommen- außerdem gibt es kostenloses Mittagessen in der Schule)

Wir sind im Kreistag zuständig für die Sonder – und weiterführenden Schulen.

Die FDP hat sich über all die Jahre für ein möglichst auch flächendeckendes Angebot weiterführender Schulen ausgesprochen und bereits 2003 für eine Realschule in Großostheim votiert- was als aussichtslos abqualifiziert wurde und dann war 2007 doch noch eine Realschule in Bessenbach möglich. Und in 2009 wurde (dank einer Koalitionsregierung CSU-FDP in Bayern) plötzlich auch eine Realschule in Großostheim möglich. So ändern sich Zeiten und Aussagen.

Natürlich sind wir für diesen Neubau- ermöglicht er doch vielen Jugendlichen im westlichen Landkreis den Besuch einer weiterführenden Schule ohne lange-zeitaufwendige Schulwege. Das bedeutet einen Ausnahmezustand, in dem wir von der FDP einer Schuldenmehrung zustimmen können: Schulden, die aufgenommen werden, um der nachwachsenden Generation eine möglichst gute Ausbildung zu ermöglichen.

Das gilt auch für den Um- und teilweise Neubau der Berufsschule III.

Tourismus taucht im Kreishaushalt kaum auf; dabei haben wir doch einen eigenen Kreisausschuss, den Fremdenverkehrsausschuss. In einer Internetseite: Regionalranking wird es als Schwäche des Landkreis Aschaffenburg angesehen, dass im Kreisgebiet statistisch pro Jahr pro Einwohner nur 2,1 Gäste übernachten, während der sonstige Bundesdurchschnitt bei 4,8 Gästen pro Jahr und Einwohner beträgt.

Zum Straßenbau: Hier kann ich Dr. Kaltenhausers Stellungnahme vom letzten Jahr wieder-

holen: es handelt sich um vor Jahren in die Zukunftsplanung und schon mehrfach verschobene Projekte, für deren Verwirklichung der Kreistag in der Pflicht ist, auch wenn wir eigentlich meinen, eine ausufernde Neuverschuldung sollte hier ggf. zu nochmaliger Verschiebung führen. So ist die Neuaufnahme für eine Umgehungsstrasse Großostheim seit Jahren eine beschlossene Sache und für die Mehrzahl der Einwohner von Großostheim sehr dringlich. Nachdem die Trassenführung jetzt bestimmt ist, muss die Verwirklichung angegangen werden, auch wenn die Hauptfinanzierung erst über die Folgehaushalte erfolgen wird.

Straßenbau ist im Kreishaushalt so ähnlich anzusehen, wie der Verteidigungshaushalt im Bund.

Kreiskrankenhaus : solange sich der Jahresfehlbetrag in der Gesamtabrechnung im Rahmen der letzten Jahre hält, werden wir seitens der FDP für die Beibehaltung in kommunaler Verantwortung stimmen- auch wenn investive Maßnahmen ja leider nach wie vor kaum durch die Pflegesatzerstattung möglich sind und es durchaus auch Krankenhäuser der öffentlichen Hand gibt, die keine Zuschüsse mehr brauchen, sondern sogar kleine Gewinne abwerfen (wie Private: Rhön-, Saluskliniken es schon längere Zeit machen).

Dank an Verwaltung und insbesondere Kämmerei

Die FDP wird der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan- dem Stellenplan und dem Krankenhaushaushaltsplan für das Kreiskrankenhaus Alzenau zustimmen. Ebenso dem langfristigen Investitionsplan der nächsten Jahre- allerdings unter der Voraussetzung, dass nach weiteren Einsparungsmaßnahmen gesucht wird, um eine weitere Verschuldung zu minimieren oder zu vermeiden - Für die FDP wäre eine moderate Kreisumlagenanhebung kein Tabu.

Cicero schrieb im Jahre 55 vor Christus sein Grundlagenwerk „de re publica“ (Über den Staat)

Darin heißt es: „ Ein öffentlicher Haushalt soll/muss ausgeglichen sein. Der Staatsschatz sollte aufgefüllt werden. Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden. Die Menschen sollen eher arbeiten, anstatt auf öffentliche Rechnung zu leben“

Darin lag bereits ein noch immer aktuelles Programm zur Mäßigung und Disziplinierung der öffentlichen Hand. Doch es scheint, als sei Cicero seit der Antike zwar viel gelesen, aber nur selten gehört worden.